



Umstrittene neue Regierung in der Slowakei Neue slowakische Regierung startet mit schwerer Hypothek

Die Slowakei hat eine neue Regierung. Glücklich sein kann sie damit vorerst nicht. Nach der internationalen Bewunderung, die die vom christlich-liberalen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda geführte Mitte-Rechts-Regierung für ihre mutige Reformpolitik geerntet hatte, hagelt es nun heftige Kritik aus der internationalen wie auch nationalen Öffentlichkeit; vor allem an der Zusammensetzung der neuen Koalition. Noch am selben Abend (4.7.2006), an dem **Staats-**



präsident Ivan Gašparovič (Foto) das Kabinett unter Ministerpräsident Robert Fico vereidigte, wurde in Bratislava bekannt,

dass der größten nunmehrigen Regierungspartei der Ausschluss aus der Par-

tei der Europäischen Sozialisten (PES) oder zumindest eine Suspendierung der Mitgliedschaft droht. Die aus den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 17. Juni als Sieger hervorgegangene Linkspartei Richtung-Sozialdemokratie (Smer-SD) hat sich nämlich trotz zahlreicher in- und ausländischer Warnungen nicht von einer Koalition mit der als rechtsextrem geltenden Slowakischen Nationalpartei SNS abhalten lassen. Auch der kleinste Partner, die vom dreimaligen Ex-Premier **Vladimír Mečiar (Foto)** geführte Volkspartei - Bewegung für eine Demokratische Slowakei (ĽS-HZDS), hat ein schlechtes internationales



Image. Während Mečiar's Regierungszeit in den 90-er Jahren war die Slowakei in Isolation gegenüber der EU und der Nato geraten. Mečiar wurde von Vertretern der EU und der USA als Hindernis für einen Beitritt der Slowakei zu EU und Nato bezeichnet. Erst nach seiner Abwahl 1998 gaben sie den Weg zum 2004 erfolgten Beitritt zu beiden Institutionen frei. Fico versprach zu seinem Amtsantritt, seine Regierung werde "eindeutig pro-europäisch" sein und "alle Verpflichtungen einhalten, die der Slowakei aus der Mitgliedschaft in EU und Nato entstehen". Zuvor hatte er allerdings schon einen Rückzug der slowakischen Soldaten aus dem Irak angekündigt. Im Inland will der neue **Ministerpräsident Fico (Foto)** einen Kampf gegen Armut und soziale Ungerechtigkeit führen. Solidarität und Sozialstaat werden die Hauptschwerpunkte der Regierungsarbeit sein, kündigte der 41-jährige neue Regierungschef an. Seine ersten arroganten Reaktionen auf die internationale Kritik lassen aber eher befürchten, dass sein Kabinett vor allem mit der Abwehr von Vorwürfen beschäftigt sein wird. Mit ausländischen Journalisten wollte Fico nicht



einmal reden, als er in Straßburg den europäischen Sozialdemokraten die Gründe für seine Koalitionsentscheidung "erklärt" hatte; ohne, dass diese seine Rechtfertigungen akzeptiert hätten. So ein eisiger Wind hat noch nie einer slowakischen Regierungskoalition entgegen geschlagen, bevor sie überhaupt angetreten ist. Ökonomen und die bisher mitregierende Ungarn-Partei nannten die Koalition aus einer linken und zwei umstrittenen Rechtsparteien schon im Voraus die "schlimmste mögliche Variante". Die internationalen Finanzmärkte ließen den Kurs der Landeswährung Krone schon bei der Ankündigung der neuen Koalition abstürzen. Der Ausschlag war so heftig, dass sogar zeitweise die tschechische Krone mit betroffen war.

Antireformerische Linkspartei und international geächtete Rechtsparteien

Von einem dann tatsächlich eingetretenen Wahlsieg Ficos hatten Investoren und Bankexperten schon im Wahlkampf die Befürchtung geäußert, das bisher äußerst investorenfreundliche Klima in der Slowakei werde sich dramatisch verschlechtern. Viel heftiger waren aber nach der Koalitionsbildung die Reaktio-

nen auf die Regierungsbeteiligung der Slowakischen Nationalpartei (SNS). Während nämlich die ĽS-HZDS ungeachtet ihrer zweifelhaften Vergangenheit als Regierungspartei mit autoritären Zügen in den 90-er Jahren zumindest auf dem Papier ein klassisches christlich-soziales Programm vorweist, tritt die SNS unverhüllt minderheitenfeindlich auf. Mit bewusst vereinfachenden Behauptungen über "kriminelle und faulenzende Roma" sowie "revanchistische Ungarn" appelliert sie erfolgreich an primitive Ressentiments unter den sozial schwächsten Slowaken. Vor allem ihr Parteichef Ján Slota sorgte mit seinen oft unter Alkohol-Einfluss gemachten Äußerungen mehrfach für Entsetzen. Am bekanntesten wurde seine Drohung, "Budapest mit Panzern dem Erdboden gleichmachen" zu wollen. Übles Geschwätz auch im Rahmen des Wahlkampfes: Bei den Ungarn handele es sich um (gottlob) slawisierte mongoloide Typen mit krummen Beinen und noch ekligeren Pferden..

Obwohl die Stellung des neuen Ministerpräsidenten Fico in der von ihm selbst gegründeten Partei Smer als unantastbar gilt, wurde rasch sichtbar, dass die Koalition mit der SNS auch unter den slowakischen Linken umstrit-

ten ist. Eine der Partei nahe stehende sozialdemokratische Jugendorganisation hatte noch kurz vor der Koalitionsentscheidung eindringlich vor einer Koalition mit der Nationalpartei gewarnt. Vermutlich nicht ohne innerparteiliche Konsequenzen wird bleiben, dass selbst die drei von Smer gestellten EU-Parlamentarier zustimmten, als die sozialistische Fraktion des EU-Parlaments die Koalition verurteilte. Nur die Forderung nach Konsequenzen unterstützten sie als einzige nicht. Die EU-Parlamentsabgeordnete und Smer-Vizeparteichefin **Monika Flašíková-Beňová (Foto)** ging in einem Telefon-

Interview mit dem slowakischen TV-Sender TA3 nach den beiden Abstimmungen öffentlich auf Distanz zu Ficos Koalitionsentscheidung: Niemand brauche sich über die Verurteilung durch die europäischen Sozialdemokraten zu wundern. Die Koalition sei durch nichts zu rechtfertigen.



Der Präsident verteidigt die Koalition - eine Beinahe-Alleinregierung

Als einer der wenigen nicht selbst zur Koalition gehörenden Politiker nahm Staatspräsident Ivan Gašparovič die neue Regierung in Schutz: Man solle sie doch nicht vorverurteilen, sondern erst nach ihren Taten beurteilen, bat er. Er selbst jedenfalls habe "keinen Grund gefunden, warum ich dieser Zusammensetzung der Regierung nicht zustimmen sollte". Im Präsidentschaftswahlkampf 2004 hatte Ficos Unterstützung noch wesentlichen Anteil daran gehabt, dass Gašparovič überraschend das höchste Amt im Staate erringen konnte. Dessen jetziger Koalitionspartner Vladimír Mečiar hingegen hatte Gašparovič damals noch heftig auch unter der Gürtellinie attackiert.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung hat vermutlich folgenden Hintergrund: Die bisher in einer christlich-liberalen Reformkoalition mitregierenden christdemokratischen Parteien KDH (klerikal-konservativ) und SMK (Ungarn-Partei) hätten ihm sicher größere Zugeständnisse sowohl in Bezug auf die Ressortverteilung als auch das Regierungsprogramm abverlangt. Beide Parteien waren im Nachgang zur Wahl im-

mer wieder als potentielle Koalitionspartner der Sozialdemokraten genannt worden. Die von Fico gewählte "billigste" Variante mit zwei Außenseiterparteien ermöglichte ihm eine Beinahe-Alleinregierung mit marginaler Beteiligung der Juniorpartner. Ficos Smer-SD stellt 11 der 16 Regierungsmitglieder. Drei Ministerposten erhielt die SNS, zwei die von Mečiar geführte ĽS-HZDS. Ministerpräsident ist Fico selbst. Vizepremier für europäische Angelegenheiten und nationale Minderheiten ist Smer-Vizeparteichef **Dušan Čaplovič (Foto)**. Er ist in der Vergangenheit wiederholt durch Kritik an der Politik der bisher mitregierenden Vertretung der ungarischen Minderheit aufgefallen. Außenminister ist der erfahrene Diplomat Ján Kubiš als von Smer nominiertes Parteiloses. Kubiš hat sich internationales Ansehen unter anderem als Generalsekretär der OSZE und EU-Bevollmächtigter für Zentralasien erworben. Die einzige Frau im Regierungsteam ist die bisherige Smer-Sozialsprecherin Viera Tomanová als Sozial- und Arbeitsministerin. Der erst 35-jährige Finanzminister Ján Počiatek war bisher Unternehmer und Manager



einer Telekom-Firma. Der Innenminister Róbert Kaliňák hat sich als Vorsitzender des parlamentarischen Sicherheitsausschusses über Parteigrenzen hinaus Anerkennung erworben. Konfliktpotenzial enthält hingegen die Nominierung des ehemaligen Vorsitzenden des Obersten Gerichts, Štefan Harabin, zum Justizminister auf HZDS-Vorschlag. Harabin war in der Vergangenheit vor allem durch heftige persönliche Konflikte mit den früheren konservativen Justizministern Ján Čarnogurský und Daniel Lipšic aufgefallen. Politisch heikel ist auch, dass das Bildungsministerium mit einem SNS-Vertreter, nämlich dem Universitätslehrer Ján Mikolaj, besetzt wurde. Die SNS hatte nämlich als mitregierender Juniorpartner der Mečiar-Regierung in den 90-er Jahren vorübergehend die Ausstellung zweisprachiger Zeugnisse (wichtig vor allem in den von der ungarischen Minderheit dominierten Teilen des Landes) in Schulen verboten. Damit löste sie damals internationale Proteste aus. Dass die beiden umstrittensten Figuren des Bündnisses, nämlich Slota und Mečiar, nicht persönlich an der Regierung beteiligt sind, könnte sich als zu geringe Vorsichtsmaßnahme erweisen. Gemeinsam mit Fico werden sie nämlich den nur dreiköpfigen Koaliti-

onsrat bilden und damit ein wichtiges Forum für ihre Forderungen haben.

Privatisierungen gestoppt, Euro gefährdet

"Die Cargo verkaufen kann nur, wer dieser Republik eine definitive Katastrophe bescheren will", erklärte der neue Ministerpräsident Róbert Fico kurz vor seiner offiziellen Ernennung. Damit ist als erstes noch offenes Privatisierungsverfahren der bisherigen Regierung der Verkauf von 100 Prozent an der slowakischen Gütereisenbahn vom Tisch. Gestoppt hatte das Verfahren noch die vorherige Regierung unter dem christlich-liberalen Ministerpräsidenten **Mikuláš Dzurinda (Foto)**. Nach Ausbruch



einer Regierungskrise im Februar musste sie auf Druck der Opposition einen allgemeinen Privatisierungsstopp verfügen. Dies als „Preis“ dafür, dass sie noch ein paar Monate weiterregieren durfte und nicht sofort durch einen Misstrauensantrag gestürzt wurde. Eine von der Regierung beauftragte Auswahlkommission hatte bereits ein Konsorti-

um aus der Güterverkehrstochter RCA der Österreichischen Bundesbahnen und der slowakisch-tschechischen Investmentfirma J&T als Bestbieter ausgewählt. Zur Unterschrift unter den Kaufvertrag war es aber wegen der inzwischen ausgebrochenen Regierungskrise nicht mehr gekommen.

Ob dies, wie viele andere Schritte, die Fico vorher ankündigte, zu massiven Schadensersatzforderungen internationaler Konzerne führen wird, ist bislang unklar. Gleiches gilt auch für die von Fico angekündigte Reversion der Rentenreform. Im Vertrauen auf eine kontinuierliche Gesetzgebung haben z. B. die Allianz, aber auch die Winterthur AG erhebliche Investitionen getätigt. Sie sind 2 von insgesamt 7 lizenzierten Versicherern, die im Rahmen des neuen Rentenversicherungssystems Kapital gedeckte Pflichtversicherungen anbieten dürfen. Mittlerweile sind bei diesen Versicherern enorme Summen angelegt worden. Der Umfang bewegt sich etwa um 100% über den optimistischen Schätzungen des ehemaligen Sozialministers Kanik zum Zeitpunkt der Gesetzesänderung.

Zumindest vorläufig auf Eis gelegt, sind aber auch andere Privatisierungen, die die nun abgetretene Regierung bereits

vorbereitet hatte: "Ich will nicht Chef einer Regierung der Verkäufer sein", sagte Fico und unterstellte der Vorgängerregierung indirekt Bereicherung am bereits erfolgten "Ausverkauf staatlichen Eigentums". Die Dzurinda-Regierung hatte unter anderem jeweils 49 Prozent an der staatlichen Gasindustrie SPP, den drei regionalen Energieversorgern sowie 51 Prozent an der Telekom und 66 Prozent an den Slovenské Elektrárne (Slowakische Elektrizitätswerke) verkauft. Als nächste Schritte außer dem Cargo-Verkauf sollten in Kürze die Privatisierungen der Restanteile an diesen Unternehmen folgen. Noch nicht völlig geklärt ist das Schicksal des unter wilden politischen Turbulenzen abgewickelten Verkaufs der Mehrheitsanteile an den beiden größten Flughäfen des Landes in Bratislava und Košice an das Konsortium TwoOne um den Flughafen Wien. Gültig ist der Verkauf nämlich erst nach Absegnung durch die Antimonopolbehörden Österreichs und der Slowakei. Die österreichische Behörde hat ihre Zustimmung unter Auflagen bereits erteilt. Das slowakische Antimonopolamt PMÚ hat hingegen seine längst fällige Entscheidung auf August vertagt, um sich aus den Wahlkampf-Debatten heraus zu halten. Fico war ebenso wie sei-

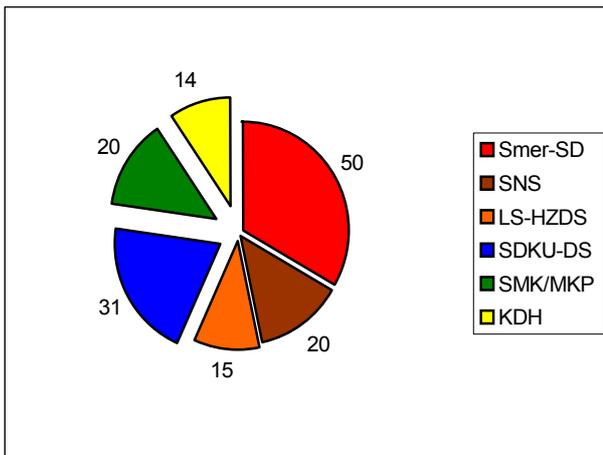
ne nunmehrigen Koalitionsparteien stets gegen den Verkauf. Jedoch hat er selbst eine Vertragsauflösung bisher stets an die Voraussetzung geknüpft, dass es nachweisliche Gesetzeswidrigkeiten im Verfahren gegeben haben müsse.

Bankenkreise machen sich bereits Sorgen, ob der Fahrplan für die Euro-Einführung am 1. 1. 2009 halten wird. Da die neue Regierung keine zusätzlichen Einnahmequellen zu erschließen, aber eine "Wiederherstellung" des Sozialstaats versprochen hat, muss mit einem höheren Defizit gerechnet werden. Zuletzt blieb das Staatsbudget 2005 schon ein Jahr früher als geplant knapp unter der erlaubten Grenze von drei Prozent. Die Nationalbank hat aber schon die bisherige Regierung gemahnt, das drohende Inflationsrisiko nicht zu unterschätzen. Fico bekennt sich zwar bedingungslos zu den "heiligen" Kriterien für die Euro-Einführung, schloss aber in jüngsten Andeutungen eine Verschiebung zumindest um ein paar Monate nicht mehr aus, "falls das für die Slowakei günstig ist". Mit der Senkung der Mehrwertsteuer auf Medikamente und Güter des täglichen Bedarfs kommt Smer einem Wahlversprechen nach. Sonst will er - ganz entgegen seinen lauten Tönen im Wahlkampf - kaum et-

was an der unternehmerfreundlichen Steuerpolitik der Dzurinda-Regierung ändern, die er noch im Wahlkampf als "neoliberales Experiment an der Bevölkerung" kritisiert hatte. Vor allem hat er plötzlich nichts mehr gegen die Einheitssteuer von 19 Prozent, mit der Dzurindas Finanzminister Ivan Mikloš für internationales Aufsehen gesorgt hatte. Fico hatte gemeint, sie nütze nur den Reichen.

Die Sitzverteilung im neuen Parlament

Die Koalition hat eine Mehrheit von 85 zu 65 Sitzen gegenüber den zuletzt nicht immer einigen bisherigen Regierungsparteien. Diese werden sich aber trotz mancher persönlicher Animositäten zwangsläufig zu einer engen Kooperation zusammen finden müssen. Erleichtert werden sollte dies durch ihre enge programmatische Verwandtschaft: Sowohl die von Ex-Premier Dzurinda geführte Slowakische Demokratische und Christliche Union - Demokratische Partei SDKÚ-DS als auch die Christlich-Demokratische Bewegung KDĽK und die Partei der Ungarischen Koalition SMK-MKP gehören zur Parteienfamilie der europäischen Christdemokraten EVP.



Alle 3 christdemokratischen Parteien sind jetzt in der Opposition. Nach 8 Jahren christlich-liberaler Regierung Dzurinda ist damit die Ära der konservativen Regierungen vorerst beendet. Es waren erfolgreiche Jahre für die Slowakei. Alle außenpolitischen Ziele wurden erreicht. Einkommens- und wirtschaftliche Entwicklung waren rasant. Dies alles ist jetzt Geschichte:

Es besteht Grund zur Befürchtung, dass das Land sehr unsicheren Zeiten entgegen geht.

Bratislava, den 07.07.06

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Verbindungsbüro Bratislava**

Verantwortlich
Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit
Christoph Thanei

Zelená 8
811 01 Bratislava
Tel.: 00421-2-5441 9438
Fax: 00421-2-5441 9441
Email: kasslovak@nexta.sk
Web: www.kas.de/bratislava